

Herausforderung  
an die  
repräsentative Demokratie

# Europas Parteien von morgen: Organisation und Struktur

Florian Hartleb

Die europäische Gesellschaft steht mitten in einem Veränderungsprozess. Nicht nur Globalisierungsprozesse sorgen für einen neuen Zeitgeist. Die Lebensstile pluralisieren sich, der Individualismus wird ungehemmter. Gesellschaftliche Bindungen schwächen sich dadurch ab und lassen sich in Zeiten von (beruflich erwarteter und im sozialen Umgang kultivierter) Flexibilität und Mobilität nicht zurückholen. Es fehlt zunehmend an einem gesamtgesellschaftlich europäisch ausgerichteten Kitt, was sich derzeit bei der Frage nach EU-Solidarität für in Not geratene Länder, insbesondere Griechenland, auswirkt. Die politischen Eliten der Geberländer haben es schwer, die Bevölkerung „mitzunehmen“, zumal es gewichtige, auch moralische Gründe gibt, gegen den Rettungsschirm zu sein. Die Parteiorganisationen müssen darauf reagieren. Zwei Extrempositionen oder Modelle lassen sich beobachten, welche die Herausfordererparteien der Volksparteien für sich beanspruchen: *straff-autoritäre Führung* wie sie die rechtspopulistischen Parteien auszeichnet oder *mehr Partizipation* über das Internet nach anarchischem Muster wie bei der in der Berliner Landtagswahl erfolgreichen Piratenpartei. Damit sind europäische Entwicklungstendenzen angesprochen, welche die Mainstream-Parteien in Westeuropa unter Druck setzen.

Fest steht: Die „Parteien von morgen“ werden sich in diesem Umfeld in einem unberechenbar gewordenen Wählermarkt behaupten müssen. Fünf Thesen in

direktem Bezug auf dringende Fragen sollen herausgearbeitet werden: Erstens können rechtspopulistische Parteien in Europa konstant Erfolge bis maximal dreißig Prozent verbuchen. Dieses Potenzial wird in Zukunft erhalten bleiben. Deutschland stellt hier eine Ausnahme dar, auch durch die Schatten der Vergangenheit und eine kritische Öffentlichkeit gegenüber Rechtsaußenparteien geprägt ist. Zweitens schaffen sich Parteien neue Partizipationsinstrumente, ohne aber die Struktur der politischen (Partei-)Führung zu ändern. Drittens schreitet die Europäisierung der Parteien und damit ihrer Strukturen nur langsam voran, obwohl die europäische Integration in alle Politikfelder wie Lebensbereiche dringt. Viertens ist der Typus der Mitgliederparteien auf dem Niveau der 1970er- und 1980er-Jahre nicht mehr aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen. Das Modell Mitgliedschaft auf Lebenszeit von der Jugend bis zu den Senioren ist auf eine harte Probe gestellt.

Durch die Überalterung der Gesellschaften wie der Mitglieder in den Volksparteien ist die Erreichung der Jugend eine besondere Herausforderung, zumal dort eine neue Protestkultur oder besser Protestsubkultur Einzug hält. Dieser Umstand kam gerade den Piraten in Berlin zugute. In Ländern wie Frankreich, Spanien, Griechenland und Großbritannien ist es zu Aufständen gekommen. Die junge Generation ist zunehmend perspektivlos, wenn sie wie in Spanien zu über vierzig Prozent arbeitslos ist oder

die große Mehrheit der Akademiker wie in Griechenland zur Auswanderung gezwungen ist. Fünftens, mehr Frage als These, wirkt sich die medial erhitzte Stimmungsdemokratie auf alle konventionellen Organisationsformen aus. Die Parteien setzen ihre Hoffnungen gerade deshalb so sehr auf das Web 2.0, um Aktivitäten anzuregen – und sei es als „virtueller Stammtisch“. So gründen sich momentan mit Billigung oder auf Anregung der Parteispitzen virtuelle Verbände oder Ortsverbände.

Da die großen Parteien mit Problemen wie sinkender Milieubindung, abnehmendem Wählerzuspruch und allgemeinen Sinnkrisen konfrontiert sind, überrascht es nicht, dass neue Wettbewerber auf den Plan treten. Nach der Entstehung grün-alternativer Bewegungen auf der Grundlage postmaterieller Werteververschiebungen in breiten Teilen der westeuropäischen Gesellschaft lässt sich heute eine mit dem Post-1968-Zeitgeist vergleichbar breite gesellschaftliche Erosion nicht feststellen. Gleichwohl steigt die individuell verspürte Unsicherheit im Zuge zunehmender ökonomischer Globalisierung und kulturellen Gleichklangs in allen sozialen Milieus. Diese Entwicklung wirft die Frage auf, welche sinnstiftenden Abgrenzungsrituale die zunehmend interdependenten europäischen Gesellschaften überhaupt vornehmen können und sollen.

Den europaweiten Erfolg der neuen rechtspopulistischen Parteien belegen die Wahlergebnisse in den einzelnen Ländern. Seit den frühen 1980er-Jahren können neuartige, in erster Linie rechtspopulistische Parteien mit einer Anti-Establishment-Haltung, Protestthemen und charismatischen Führungspersönlichkeiten immer wieder Wahlerfolge auf nationaler Ebene erzielen, so in Frankreich, Österreich, Italien, den Niederlanden, Belgien und Skandinavien. Auch in Mittel- und Osteuropa entfaltet der Populismus seine

Wirkung. Auffällig ist dabei die autoritäre Führungsstruktur, die innerparteiliche Demokratie vermissen lässt. So besteht die *Partij van de Vrijheid* (PVV, „Partei für die Freiheit“) von Geert Wilders in den Niederlanden, die als Zünglein an der Waage nach einem Ergebnis von über fünfzehn Prozent bei der Parlamentswahl im Juni 2010 eine Minderheitsregierung toleriert, aus einem einzigen Mitglied – Wilders selbst. Innerparteiliche Debatten stören da nur, weil die Richtung von der Führungsfigur vorgegeben wird.

### Partizipatorische Modellversuche

Eine neue Form der Partizipation, welche die etablierten Parteiorganisationen herausfordert, ist die Piratenpartei. Ihr (blind-naiver) Glaube beruht auf der „unbegrenzten Freiheit des Internets“. Die in mehreren europäischen Staaten gegründete Partei nutzt *Liquid Feedback*, welches das Einbringen von Textvorschlägen ermöglicht, als Internet-Werkzeug zur innerparteilichen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung. Im Falle der Eröffnung eines neuen Themas ist je nach Zielsetzung des Initiators ein zu verwendendes Regelwerk auszuwählen, welches Fristen und Quoren sowie die Bedeutung einer erfolgreichen Abstimmung vorgibt. Dabei werden Regelwerke vom Betreiber der jeweiligen Softwareinstallation vorgegeben. Das bedeutet, dass auch hier notwendige Führungs- und Selektionsprozesse greifen, um Politikfähigkeit überhaupt herstellen zu können. Auf den Parteitag ging es zuletzt eher um interne Streitigkeiten, Geschäftsordnungs- und Satzungsschlachten. Dahinter steht ein technizistisch-administratives Bild von politischer Meinungsbildung, das entgegen eigenen Beteuerungen wenig mit basisdemokratischer Partizipation zu tun hat. Das Thema Netzpolitik wird aber nun deutlich stärker medial wahr- und von allen anderen Parteien aufgenommen.

Aber auch die Piraten können die tradierten Organisationsformen nicht grundlegend „entern“. Die Struktur der etablierten Parteien wird sich im Kern nicht ändern, auch wenn neue Wettbewerber auftreten, die mehr das *Campaigning* im Blick haben als das organisatorische Leben zwischen den Legislaturperioden. Es wird gewiss mehr Partizipation geben, etwa Vorwahlen nach US-amerikanischem Vorbild wie bei den französischen Sozialisten oder Mitgliederbefragungen. Partizipation wird sich auf personelle Fragen (Führungsauslese) und manche von der Führung zur Entscheidung gestellte Sachfragen beziehen. Große Hoffnungen setzen die Parteien auf das Web 2.0, das aber keine Wunderheilungskräfte freisetzen wird. Gleichwohl können Facebook, Twitter & Co zur Aktivierung und Mobilisierung von Mitgliedern und (bereits politisierten) Nichtmitgliedern beitragen. Hilfreich könnte auch ein Mentorensystem mit Schulungen sein.

### Mitgliederparteien – ja, aber auf niedrigerem Niveau

Als krasses Gegenmodell zu der autoritären Führung in rechtspopulistischen Parteien lässt sich die allgemeine Suche nach neuen Partizipationsformen anführen, die seit geraumer Zeit in den Demokratien als Ganzes um sich greift. In den Parteien werden Lösungen entwickelt, um damit dem Mitgliederschwund entgegenzutreten. Das bedeutet „mehr Wettbewerb bei der Auslese des Führungspersonals“, „stärkere Einbeziehung der Mitglieder“. Die konservative regierende Vaterlandsunion in Litauen ließ die Mitglieder im Mai 2011 zwischen zwei prominenten Politikern, dem Premierminister und der Parlamentssprecherin, um den Parteivorsitz abstimmen. Auch die CDU in Nordrhein-Westfalen führte eine Mitgliederbefragung im Kampf um die Parteispitze durch. Die SPD will sogar Nichtmitglieder in die Parteiarbeit ein-

binden, etwa in Arbeitsgemeinschaften und Themenforen. Auch die bayerische CSU hat unter dem Stichwort „Mitmachpartei“ ein „Leitbild 2010 plus“ beim Parteitag Ende Oktober 2010 verabschiedet, das von vermehrtem Partizipationsbegehren von Bürgern und Mitgliedern ausgeht und offene Diskussionen auf allen Ebenen – auch von Nichtmitgliedern – einfordert, bis zur Mitgliederbefragung.

Der Typus der Mitgliederpartei hat erkennbar an Bedeutung verloren. Das bedeutet auch, dass in Wahlkämpfen Ad-hoc-Bewegungen ohne vitales Parteilieben zur Wahl stehen können. Existenzbedrohlich ist dieser Befund nicht, da es den Parteien vornehmlich darum geht, ihre Arbeit am Leben zu erhalten sowie Ämter und Mandate ausüben zu können. Mitgliederparteien werden erhalten bleiben – auf niedrigerem Niveau in Westeuropa, mit gering ausgeprägter Zivilgesellschaft in Mittel- und Osteuropa. Auch in Zukunft werden Parteien das Monopol darauf erheben, die Eliten in Staat und zahlreichen anderen gesellschaftlichen Bereichen zu rekrutieren. Mit geringerer Durchschlagswirkung in die Gesellschaft stellt sich aber die Frage, ob Parteien in dieser Form noch dazu legitimiert sind. Hilfreich wären dafür Konzepte, die auf die steigende Zu- und Abwanderung eingehen. Bislang müssen Leute, die beruflich zu Wechseln gezwungen sind, in einem anderen Landesverband parteipolitisch wieder bei null anfangen. Parteien müssen auch attraktiv sein für Leistungsträger, die beruflich oder auch privat im Ausland gelebt haben und wieder zurückkehren. Bislang ist das System so aufgebaut, dass Jungaktivisten, (polemisch formuliert „Parteisoldaten“), große Vorteile haben, da sie auf Netzwerke und Loyalitäten zählen können. Seiteneinsteiger haben es schwer. Vielleicht kann hier das Modell der virtuellen Mitgliedschaft helfen. Mitgliedschaft

kann sicherlich nicht mehr auf der Bastion der Ortsgebundenheit verweilen. In Osteuropa ist es bereits möglich, dass Parlamentskandidaten mit der Entscheidung, wo sie kandidieren, flexibler sind.

## Europäisierte Parteien?

Andere gesellschaftliche Wettbewerber könnten Parteien die weitgehende Alleinstellung streitig machen. Parteien werden sich hier an Bürgerinitiativen anpassen und müssen geeignete Mobilisierungsthemen finden. In sensiblen Fragen wird freilich die Parteiführung beziehungsweise bei Regierungsparteien die Staatsführung entscheiden. So wurden heikle Fragen wie kürzlich der deutsche Atomausstieg, der für die regierenden CDU und CSU eine komplette Wendung bedeutete, oder die Eurorettung nicht Gegenstand von Parteitagsbeschlüssen.

Die Suche nach mehr Partizipation und Anstrengungen im Bereich der *Social Media* eint die europäischen Parteien. Es stellt sich die Frage, ob die voranschreitende Europäisierung die Parteien verändern wird, beispielsweise zu mehr Konvergenz innerhalb der Parteienfamilien. Bislang sind die Europawahlen von nationalen Mustern bestimmt. Die geringe Wahlbeteiligung indiziert allgemeines Desinteresse, mehr Tristesse denn Aufbruch. Die Parteien bleiben auf absehbare Zeit national bestimmt, obwohl die Europaparteien gestärkt wurden und etwa eigene *Thinktanks* unterhalten dürfen. So haben bei der letzten Wahl 2009 innerhalb der Europäischen Volkspartei (EVP) nur vier Parteien das EVP-Logo verwendet. Der jüngste Vorstoß des britischen Liberalen Andrew Duff, das Wahlsystem zu europäisieren, etwa EU-weite Wahlkreise zu schaffen, scheiterte auch am Widerstand der CDU. Zu groß ist die Angst, dass euroskeptische Formationen davon profitieren.

In der Tat war die Stoßrichtung übergreifender Projekte bislang negativ ge-

genüber der EU, beispielsweise durch die Partei Libertas (die den Vertrag von Lissabon ablehnte) im Vorfeld der Europawahl 2009. Durch die Eurokrise dürften weitere euroskeptische Formationen entstehen, die durchaus auch länderübergreifend agieren könnten. Die europäischen Parteien sind eher Dienstleister der nationalen Parteien und werden die Organisationsstruktur der Parteien in den großen Mitgliedstaaten kaum beeinträchtigen. Sie spielen eher für die Parteien der neuen Mitgliedstaaten eine Rolle. Es könnte aber sein, dass sich die Parteien untereinander stärker über Reformmöglichkeiten von Organisation und Struktur verständigen, Erfahrungen positiver und negativer Art teilen. Die Europaparteien haben auch ihre Aktivitäten im Web 2.0 stark ausgebaut.

## Stimmungsdemokratie

Bleibt die Frage, wie sich die Stimmungsdemokratie niederschlägt im oft schwerfälligen und administrativ gelenkten Parteiapparat. Parteien werden entsprechend beurteilt nach aktuellem Nutzwert, was mittelfristige demoskopische Prognosen schwierig, wenn nicht gar unmöglich macht. Der durch das Web noch forcierte Trend zu ständigen Voten wird das System der repräsentativen (Parteien-)Demokratie nicht erschüttern. Hier gibt es europaweit eine neue Form des Protests, der in den überalterten Gesellschaften ernst genommen werden muss. Die Erfahrung lehrt, dass auch neue Formen von Partizipation eher von Einzelinteressen als von der Suche nach dem Gemeinwohlkompass bestimmt sind. Diese passen zu einer Gesellschaft, die sich zunehmend nach Lebensstilen ausdifferenziert. Parteien können sich hier den allgemeinen Entwicklungen von Schnelligkeit und Kurzatmigkeit entgegensetzen, wenn sie die Prinzipien ihres Handelns als festes Wertefundament herausstellen und damit auch einmal gegen den Strom des Zeit-

geists schwimmen. Damit würden gerade die Volksparteien ihre unverzichtbare Rolle für die Gesellschaft herausheben. Um die Deutungshoheit werden sie mit neuen Wettbewerbern konkurrieren.

Gerade in Mittel- und Osteuropa sind die Entwicklungen stark im Fluss. In Ungarn konnte bei der Parlamentswahl 2010 erstmals mit der neu gegründeten LMP eine grüne Partei in das Parlament einziehen. In Polen vermochte bei der Parlamentswahl vom Oktober 2011 die neu gegründete Protestpartei Ruch Palikota auf Anhieb 10,1 Prozent der Stimmen zu verbuchen. Bei den Anhängern von Janusz Palikot herrschte Partystimmung. Die Bewegung – wie die rechtspopulistischen Formationen auf den Parteivorsitzenden und Namensgeber ausgerichtet – hatte im Wahlkampf auf weniger staatliche Einmischung, wirtschaftlichen Liberalismus, Legalisierung weicher Drogen und kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln und Internet plädiert. Wie die ebenfalls linksalternativen Piraten in Berlin sind diese neuen Parteien auf die Jugend hin ausgerichtet, sie protestieren gegen die Etiketten des Establishments. Die tradierten Formen von Politik bleiben nur dann tragfähig, wenn die Politik versucht, die Jugendkulturen zu erreichen, ohne dabei die Grundpfeiler vernünftiger und nachhaltiger Politik zugunsten von Opportunismus und Pragmatismus aufzugeben.

### Parteien von morgen als reformierte Parteien von heute

Für die Parteien von morgen wird es die zentrale Herausforderung sein, neue realistische Formen der Partizipation zu implementieren, ohne dabei die politische Führung aufzugeben. Insgesamt werden die Änderungen kleiner ausfallen als vielfach von Parteistrategen und Wissenschaftlern diskutiert, da die Parteien nur ein Stück weit ihre Organisationsformate reformieren oder transformieren können.

Die zentralen Funktionen von Parteien werden erhalten bleiben: Partizipation, Interessenbündelung, Elitenrekrutierung sowie Legitimation des politischen Systems insgesamt. Die Europäische Integration wird sich nur langsam auf die nationalen Parteien auswirken. So könnte die gegenwärtige Eurokrise zu einer stärkeren Politisierung und Europäisierung bei den nächsten Europawahlen führen. Kernfrage bleibt, wie die Jugend in politische Prozesse eingebunden werden kann. Dass hier die Senkung des Wahlalters auf sechzehn Jahre wie bei der letzten Nationalratswahl in Österreich weiterhilft, darf bezweifelt werden. Gerade dieses Alterssegment neigt dazu, rechtspopulistischen Formationen, Piraten- und Protestparteien überproportional Stimmen zu geben.

Die immer mehr an Bedeutung gewinnenden *Social Media* werden keine Revolution auslösen und tradierte Organisationsstrukturen aushebeln. Künftige Diskussionen über Organisation und Struktur von Parteien werden sich um Themen wie Mitgliederbefragungen und -entscheide sowie die Frage nach Virtualisierung drehen. Vielleicht lässt sich auch dadurch die junge Generation wieder erreichen. Parteien könnten hier sogar den Takt vorgeben, wenn sie die gesellschaftliche Modernisierung nicht aus den Augen verlieren, weniger administrativ, mehr strategisch, über das schnelllebige politische Tagesgeschäft hinaus agieren. Europäische Vernetzung kann sich dabei als sinnvoll erweisen – Erfahrungsaustausch, Professionalisierung und Ideen für eine mehr europäisch ausgerichtete Öffentlichkeit. So würde es helfen, neben der Mitgliedschaft in nationalen Parteien automatisch Mitglied der europäischen Parteienfamilie zu werden. Summa summarum werden die „Parteien von morgen“ reformierte „Parteien von heute“ sein mit mehr partizipatorischen Elementen.

*Für wichtige Anregungen möchte ich mich bei Roland Freudenstein, Forschungsleiter des Centre for European Studies in Brüssel, bedanken.*